

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A red curved arrow pointing upwards and to the right, positioned below the "AfD" text.

Das Projekt „Bürgerrat“ im Bundestag ist gescheitert

AfD wirkt: Auf der Sitzung der Berichterstattergruppe Bürgerrat Mitte Oktober verkündete die Vorsitzende Marianne Schieder (SPD), dass es in dieser Legislaturperiode keinen weiteren sogenannten „Bürgerrat“ mehr geben wird. Ursprünglich hatte die Ampelkoalition drei Bürgerräte im Bundestag geplant. Jetzt konnte sich die Koalition auf kein weiteres Thema für einen Bürgerrat einigen. Der Posten im Haushalt wird auf null gesetzt, Steuergeld gespart.

Legislaturperiode ist ein Erfolg der AfD-Bundestagsfraktion.

Nach dem Desaster des ersten „Bürgerrats“ setzte sich nun sogar bei den ideengebenden Altparteien die Erkenntnis durch, dass diese „Sowjet“-Veranstaltungen gelenkter Demokratie nicht nur Steuergeldverschwendung sind, sondern gar zu abwegigen Ergebnissen führen. Parteiische Moderatoren und nicht repräsentative Rätegruppen erbringen in einem solch scheindemokratischen Verfahren das, was die AfD-Fraktion vom ersten Tag an erwartet hatte: bürgerferne Empfehlungen.

Wir haben als AfD mit unserer Kritik und unserem Widerstand gegen pseudodemokratische Bürgerräte recht behalten. Grüne und SPD wollten bereits bei der Themenauswahl alles kontrollieren. Frei nach dem DDR-Motto Walter Ulbrichts: Es soll demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben. Bei wichtigen politischen Themen, wie der Corona-Aufarbeitung, brauchen wir keine gesteuerte politische Show-Veranstaltung. Nur Untersuchungsausschüsse können als wirksames Instrument Zeugen zu Aussagen verpflichten und Akteneinsicht erzwingen. Nach dem Abschluss Einsetzung des ersten Bürgerrates „Ernährung“ mit recht weltfernen Empfehlungen schloss sich nun auch die CDU/CSU der Ablehnung der AfD-Fraktion an. Die Absage weiterer Bürgerräte in dieser

Die repräsentative Demokratie sollte allerdings tatsächlich sinnvoll ergänzt werden: durch echte Volksabstimmungen, die grundlegende Entscheidungen der Regierung zusätzlich legitimieren oder eben stoppen können. Eine uralte Dauerforderung der AfD-Fraktion.

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 PeterBoehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 pboehringer

 www.pboehringer.de

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer_mdb

 pboehringer

Interfraktionelles Treffen der agrarpolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen

Anfang Oktober fand das interfraktionelle Treffen der agrarpolitischen Sprecher der AfD aus dem Bundestag und den Landtagen statt. Es waren zwei erfolgreiche Tage, die von engagierten Diskussionen und einer klaren Zielsetzung geprägt waren.

Das Ergebnis ist ein Zehn-Punkte-Programm, das als klare Antwort auf die Herausforderungen dient, mit denen unsere Landwirte täglich konfrontiert sind.

Ein zentraler Punkt unserer Diskussion war die Renationalisierung der Agrarpolitik. Denn wir sind davon überzeugt, dass die EU-Agrarpolitik mit ihren überbordenden Regelungen und bürokratischen Hürden unseren Landwirten mehr schadet als nutzt. Wir möchten den Betrieben deshalb wieder mehr Eigenverantwortung zurückgeben und sie in die Lage versetzen, von ihrer eigenen Hände Arbeit zu leben. Es geht dabei nicht nur um Bürokratieabbau, sondern auch um spürbare Entlastungen und die Stärkung der Marktposition der Landwirte.

Besonders wichtig ist der Schutz traditioneller Kulturlandschaften. Diese sind nicht nur Teil unseres Erbes, sondern auch Grundlage für die nachhaltige Nahrungsmittelproduktion. Der Erhalt landwirtschaftlicher Flächen steht dabei ganz oben auf der Agenda. Wir kön-

nen uns keine Zwangsstilllegungen oder den Verlust wertvoller Ackerflächen leisten.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Nutztierhaltung. Es ist klar, dass wir die hohen Haltungsstandards in Deutschland nicht aufs Spiel setzen dürfen. Die geplante Abschaffung heimischer Nutztierhaltung wäre nicht nur ein Rückschritt für die Landwirtschaft, sondern würde auch die Qualität unserer Lebensmittel gefährden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Tierhaltung in Deutschland zu unterstützen.

Insgesamt ist unser Zehn-Punkte-Programm ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir fordern die Bundesregierung auf, der Landwirtschaft in Deutschland eine Zukunft zu geben und die Versorgungssicherheit mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu gewährleisten. Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft liegt in unseren Händen – und wir sind bereit, dafür zu kämpfen.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protchkasposition

Neue Aufgabe: Verkehrspolitischer Sprecher

Am 15. Oktober habe ich die Aufgabe des Verkehrspolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion übernommen – nach dem Rückzug von Dirk Spaniel. Ich danke meinen Kollegen in der Fraktion für das Vertrauen!

Auch hier gilt mein Einsatz der persönlichen Freiheit der Bürger und dem Zurückdrängen der links-grünen Ideologien. Die AfD-Bundestagsfraktion ist der wahrhaftige Gegenpol zur Politik der Einschränkungen, die immer aggressiver vorgetragen wird. Wir stehen für die freie Wahl des Verkehrsmittels und stellen uns entschieden gegen die schleichende De-Mobilisierung der Bürger durch immer mehr Verbote und immer höhere Kosten. Die Bürger Deutschlands sollen sich auch in Zukunft ein Auto leisten können, in den Urlaub fahren oder fliegen können und zuverlässige Bahnverbindungen vorfinden. Die Produkte unserer Wirtschaft sollen schnell und günstig den Weg zu ihren Abnehmern finden.

Über die Antriebe einschließlich des Verbrennungsmotors sollen Erfinder und Ingenieure entscheiden, nicht die EU-Kommission oder ein Herr Habeck. Allen Versuchen, den Verbrennungsmotor zu verbieten, stellen wir uns entgegen. Das gilt natürlich auch für alle Ansätze durch die „Hintertür“ wie mit

unerfüllbaren Abgasvorschriften oder Hersteller-Flottengrenzwerten.

Die Deutsche Bahn ist zum Fass ohne Boden geworden und verhält sich oft selbstherrlich wie ein Staat im Staate. Verspätungen, Zugausfälle und Mängel beim Service sind alltäglich. Es genügt nicht, Milliarden in die Infrastruktur zu stecken. Der Bahnkonzern muss vielmehr an die kurze Leine kommen und sich ganz auf Deutschland konzentrieren – als GmbH des Bundes, nicht als Aktiengesellschaft!

Linke Befürworter von „15-Minuten-Städten“ sollen sich an der AfD-Fraktion ihre Zähne ausbeißen. Dir zunächst wohlklingenden Pläne für „Städte der kurzen Wege“ zeigen ihre böse Fratze auf den zweiten Blick – nämlich wenn das Verlassen des eigenen Stadtviertels, insbesondere mit dem Auto, mit hohen Kosten oder gar Verboten bedacht werden soll.

Selbstverständlich führe ich meine wichtigen Aufgaben im Haushaltsausschuss engagiert weiter – insbesondere als dortiger Widerpart der Minister Habeck, Lauterbach und Lemke!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

 wolfgang.wiehle@bundestag.de

 [/w.wiehle](https://www.facebook.com/w.wiehle)

 www.wolfgang-wiehle.de

Steuerverschwendung unter dem Deckmantel der Abrüstung

Im Jahresabrüstungsbericht 2023 informiert die Bundesregierung über ihre Politik der Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale für das Jahr 2023.

Als abrüstungspolitischer Sprecher und Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung habe ich die Gelegenheit genutzt, um die im Hochglanzformat gepriesenen Abrüstungsbemühungen der grünen Außenministerin Annalena Baerbock kritisch zu hinterfragen. Besonders interessant ist Anhang 1 des Berichts, denn hier wird der tatsächliche jährliche Mittelabfluss deutscher Steuergelder in weltweite Projekte grüner Außenpolitik aufgelistet.

Sicherheitspolitischer Dialog und Rückkehr zu Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sind für mich äußerst wichtig, gerade in einer Zeit, in der einzelne Staaten und Staatenbündnisse wieder zunehmend auf Abschreckung durch Aufrüstung setzen. Im deutschen Sicherheitsinteresse ist es unabdingbar, eine neue Rüstungsspirale im Herzen von Europa, aber auch weltweit, einzugrenzen und unbeabsichtigte Eskalationen zu vermeiden. Die Frage ist nur, ob die Ampelregie-

rung dazu die richtigen Mittel einsetzt. Als großer Beitragszahler mit zusätzlichen, freiwilligen Förderbeiträgen an internationale Organisationen möchte die deutsche Außenpolitik auf dem internationalen Rüstungskontrollparkett eine Führungsrolle einnehmen. So feiert sich die Bundesregierung beispielsweise, weil sie im Rahmen des Chemiewaffenübereinkommens weit über den deutschen Pflichtbeitrag hinaus freiwillig Fördergelder von jährlich 4 Millionen Euro gezahlt hat, um weltweit die letzten 70.000 Tonnen „gemeldeter“ Chemiewaffen der Vernichtung zuzuführen und das, obwohl Deutschland bei Abschluss des Übereinkommens selbst keine einzige Chemiewaffe hatte.

Im Bereich der nuklearen Abrüstung sind 2023 von den knapp 13 Mio. Euro Fördermitteln allein 8,7 Mio. Euro an die Ukraine geflossen, verpackt in Projekte zur Ertüchtigung des „Physischen Schutzes von Nuklearanlagen“ und der Entsendung von Experten in die ukrainischen Atomkraftwerke. Hier stellt sich mir auch die Frage, was diese Geldzuwendungen mit nuklearer Abrüstung zu tun haben und inwieweit die korrekte Mittelverwendung überprüft wird? Ebenso wenig wie Finanzspritzen an Projekte „feministischer Außenpolitik in der nuklearen Nichtverbreitung und Abrüstung!“



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss
- Stellv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Obmann im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Schutz von Rettungskräften ist der Regierung zu unangenehm

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zum Schutz von Rettungskräften vorgelegt, jedenfalls vom Namen her. Tatsächlich geht es primär um den Schutz von Politikern sowie Medien- und EU-Vertretern vor Angriffen. So etwas heißt natürlich niemand gut. Jedoch war es den Altparteien ziemlich egal, solange es AfDler und ihre Familien getroffen hatte. Die eigene Verdrehung von Statistiken für voll nehmend (Kritik an Grünen wird wie Gewalt gewertet) wurde man nun etwas panisch. Dazu kam die Tatsache, dass man die explodierenden Angriffe auf Rettungskräfte und Klinikpersonal nicht mehr so ganz ignorieren konnte, gleichzeitig aber einen zu großen Fokus auf den offensichtlichen Grund nicht mit der Ampel-Seele vereinbar sah. Was lag also näher, als das neue Gesetz durch den Schutz von Politikern und EU-Vertretern moralisch reinzuwaschen? Angriffe auf „Personen, die dem Allgemeinwohl dienen“ sollen nun härter bestraft werden – und was erwähnt man sogleich als Beispiel? Unsere geliebten Medienvertreter.

Die kürzlich durchgeführte Anhörung zum Gesetz war ebenfalls grotesk. Zwei Stunden wurde mit Professoren und immerhin einigen Polizeivertretern diskutiert, ohne dass einmal die Worte Migranten oder Parallelgesellschaften fielen. Angriffe auf Medienvertreter, die

Geißel von rechts. Angriffe auf Rettungskräfte, Fallen für Polizisten und zusammengeschlagenes Klinikpersonal? Betrunkene oder Menschen, die eben vom Amt gewohnt sind, dass „es schnell geht“. Auf meine Frage hinsichtlich des Elefanten im Raum wurde peinlich herumgedrückt. Vertreter von Polizeivereinigungen merkte man an, dass sie gerne die Wahrheit sagen wollten, aber wohl einen Maulkorb verpasst bekommen hatten.

Natürlich können SPD, Grüne und auch FDP nicht zugeben, dass wir bereits die Kontrolle über viele Städte verloren haben. Wenn Rettungskräfte in eine Falle gelockt werden „um es den Deutschen mal zu zeigen“, dann sollte auch dem letzten Bürger auffallen, dass etwas gekippt ist. Die Regelungen des Gesetzes zum Schutz von Rettungskräften sind zu zaghaft. So etwas wäre sehr viel besser mit harten Regeln im Aufenthalts- und Polizeirecht zu kombinieren.

Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Zucker – Brühe statt Honig

Die Untätigkeit von Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Özdemir tischt uns nun den nächsten Lebensmittel-skandal auf: Zucker-Brühe statt Honig!

Wenig überraschend, trotzdem unappetitlich – deutsche Supermärkte werden überflutet mit billigem Zuckersirup aus Drittländern, der hierzulande als Honig verkauft wird.

Nun wird immer deutlicher, dass deutsche Verbraucher und heimische Erzeuger für Özdemirs Tatenlosigkeit bezahlen. Dabei wurde zum Schutz gegen eben solche Billigimporte bereits im Frühjahr eine entsprechende EU – Richtlinie zur Herkunftskennzeichnung verabschiedet. Zur gleichen Zeit warnen deutsche Imker bei einem Treffen mit Özdemir im März vor einer drohenden Halbierung der Zahl deutscher Imkereien durch importierte Billighonige. Passiert ist seitdem Nichts!

Alles, was dem Minister dazu einfällt, ist die Abschaffung des Mindesthaltbarkeitsdatums für Honig, um die Lebensmittelabfälle zu reduzieren. Er möchte damit verhindern, dass zu viel Lebensmittelabfälle vom Tisch des Verbrauchers in den Müll wandern. Offenbar landet aber nun sehr viel „Müll“ auf dem Frühstückstisch des Verbrauchers und deutsche Imker müssen reihenweise ihr Geschäft aufgeben.

Es wird höchste Zeit für einen Stopp der Dumpingpreise von Billig- Importen und eine strikte Kennzeichnungspflicht, und zwar über die laschen Vorgaben der EU hinaus. Deutsche Bürger fordern Transparenz, sie wollen bewusst einkaufen und guten Honig aus der örtlichen Imkerei genießen.

Grundvoraussetzung hierfür ist die Angabe der Herkunftsländer auf dem Etikett von Mischhonigen, inklusive aller prozentualen Anteile. Für die immer raffinierteren Fälschungen sind zudem Methoden für eine bessere Nachweisbarkeit von gestrecktem Honig erforderlich. Der Minister ist nun in der Pflicht, für das Wohl und die Interessen deutscher Verbraucher und Erzeuger entsprechende Initiativen auf den Weg zu bringen.

Bitte unterstützt unsere örtlichen Imker, kauft ihren Honig und nicht das schlecht gemachte Plagiat aus den Supermärkten!

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

- Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch- Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD- Bundestagsfraktion

 peter.felser@bundestag.de

 [@peter_felser](https://www.instagram.com/@peter_felser)

 [@PeterFelser](https://twitter.com/@PeterFelser)

 [@peterfelser_mdb](https://www.tiktok.com/@peterfelser_mdb)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 www.peterfelser.de



Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

Bundesrat zerpfückt Rentenreform der Ampel-Regierung

Der Bundesrat hat von seinem Recht Gebrauch gemacht, zu Gesetzesvorhaben der Bundesregierung eine Stellungnahme abzugeben und das Rentenpaket 2 der Ampel-Regierung kommentiert. Die Stellungnahme ist im üblichen, diplomatischen Ton verfasst. Der Inhalt hat es allerdings in sich, denn er stellt dem Gesetzesvorhaben ein vernichtendes Urteil aus. Dazu einige Beispiele:

- In Punkt 15 der Stellungnahme wird kritisiert, dass für die Beitragsätze nach 2025 keine Obergrenze mehr festgelegt wird.
- In Punkt 16 wird befürchtet, dass bei Umsetzung des aktuellen Entwurfs die Rente nicht dauerhaft finanziert werden kann.
- In Punkt 17 wird die Bundesregierung aufgefordert, eine absehbare Überlastung der Beitragszahler stärker zu berücksichtigen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.
- In Punkt 20 wird die Bundesregierung ermahnt, nicht länger in die Rentenkasse zu greifen, um den Haushalt zu sanieren.
- Punkt 21 stellt fest, dass die Bundesregierung sich in Zukunft sogar noch schamloser an den Renten-

beiträgen bedienen will.

- Punkt 23 merkt an, dass genau dieses Verhalten das Vertrauen der Bürger in die gesetzliche Rente untergraben wird.
- Punkt 24 beschäftigt sich dann mit dem von der FDP geforderten Generationenkapital und stellt trocken fest, dass dieses bei Weitem nicht ausreichen wird, um die durch das Rentenpaket massiv steigenden Beiträge abzufedern.

Der Bundesrat, der aus insgesamt 69 Vertretern der Landesregierungen besteht, greift in seiner Stellungnahme damit die Kritik der AfD auf, ohne dass jedoch auch nur ein einziger AfD-Vertreter im Bundesrat sitzt. Ganz im Gegenteil: In 15 von 16 Landesregierungen (außer Bayern) ist mindestens eine Ampel-Partei vertreten. Das ist bemerkenswert, denn damit zerpfücken SPD, Grüne und FDP den Gesetzesentwurf ihrer eigenen Regierung. Aus AfD-Sicht kommt hinzu, dass mit dem Rentenpaket II Arbeitsminister Heil die 5!!! Rentenzususskürzung allein in dieser Legislaturperiode vorlegt. Stattdessen soll der Beitragszahler seinen Haushalt sanieren. Wie verlogen ist denn das. Nur die AfD traut sich an eine echte Rentenreform heran, die Rentnern und Beitragszahlern gleichermaßen nutzt.

Für FRIEDEN ist nicht LINKS,
nicht RECHTS, sondern MENSCHLICH!“



Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Petitionsausschuss
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und GSVP
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe
- Stellvertretender europapolitischer Sprecher

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

📘 /Dr.Rainer.Rothfuss

🌐 www.rainer-rothfuss.de

📧 t.me/rainerrothfuss

📺 /@DrRainerRothfuß

🐦 /DrRothfuss

81% der Jugendlichen mit Kriegssorgen

AfD für Frieden in Parlament und auf der Straße

Die Shell-Jugendstudie 2024 gibt der auf Friedenslösungen in der Ukraine fokussierten Politik der AfD-Bundestagsfraktion Recht: Das Gefühl „von Krieg betroffen“ zu sein, ist bei Jugendlichen in Deutschland von unter 50% 2019 in nur fünf Jahren auf 81% gestiegen.

Blauer Jugend-Trend jetzt auch im Westen

Da ist es nur logisch, dass sich in den jüngsten Landtagswahlen die jugendlichen Wählerpräferenzen erdrutschartig von den NATO-olivGRÜNEN Waffenlobbyisten zur einzigen realpolitischen Friedenspartei AfD verschoben.

Für uns als Abgeordnete sollte die Arbeit gerade in solch emotionalen Fragen wie Krieg und Frieden nicht aufs Parlament beschränkt bleiben. Am 20. Oktober lud ich daher als Mitglied des Deutschen Bundestags in meinem Wahlkreis Oberallgäu zu einer Kundgebung unter dem Motto „Frieden und Freiheit“.

Für die relativ kleine Stadt Lindau am Bodensee folgten mit 300 Teilnehmern erstaunlich viele Menschen dem Aufruf, zumal nur 100 Personen angemeldet worden waren. Die Zerrissenheit unserer Gesellschaft, die uns als AfD-Frakti-

on im Deutschen Bundestag in jeder Sitzungswoche lautstark entgegenbrandet, zeigte sich im vergleichweisen linken Lindau jedoch nicht mehr so stark wie noch vor vier Jahren. Während damals 25 Demo-Teilnehmer rund 10-mal so vielen Gegendemonstranten gegenüberstanden, lag das Verhältnis diesmal nicht bei 1 zu 10, sondern bei über 2 zu 1. Ein großer Erfolg nur zehn Monate nach den 2.000 Teilnehmer umfassenden Anti-AfD-Demos auf genau demselben geschichtsträchtigen Bismarckplatz.

Brücken bauen

Brücken bauen, trotz Krieg, Brücken nach Osten, aber auch innerhalb der Gesellschaft war der Aufruf der sieben Redner, nur zwei davon aus der AfD, und des Musikers Eloas Min Barden. Doch schockiert mussten die Teilnehmer feststellen, dass selbst während der Schweigeminute für die Kriegstoten in den Kriegen in der Ukraine und Nahost die „Nazis raus“-Rufe nicht verstummten. Propaganda vernebelt das Denken und spaltet die Menschen.

Petitionsrecht als Ausdruck des Bürgerunmuts

Im vergangenen Monat haben wir in zwei Sitzungswochen 60 Petitionen behandelt.

Ich bin immer mehr begeistert von meiner Aufgabe im Deutschen Bundestag, denn das Petitionsrecht hat nicht nur einen direkten Auftrag durch das Grundgesetz, sondern ist Ausdruck des Bürgerdenkens. Das sind sehr oft Petenten, die aus unseren Reihen stammen.

Und so sind auch eine bedeutende Anzahl an Petenten unserer Einladung in den Deutschen Bundestag gefolgt, um an der ersten Petitionskonferenz der AfD Bundestagsfraktion teilzunehmen. Wir konnten lebhaft und auf Augenhöhe miteinander besprechen, wie Wünsche und Sorgen der Bürger unseres schönen Landes behandelt worden und welchen Erfolg oder Misserfolg die Petition jeweils hatten.

Kein anderer Arbeitskreis in der Fraktion hat eine so direkte Verbindung zu den Arbeitspartnern, wie der Petitionsausschuss. Mich hat es sehr überrascht – keine Brandmauer, keine Abneigung gegen unsere Partei. Ganz im Gegenteil!

Natürlich findet man auch manchmal absurde Forderungen, wie etwa eine Petition, die einen Zuschuss zum Deutschlandticket fordert, die den Preis

des Tickets fast dreifach übertrifft. Oder für mich als begeisterter Motorradfahrer, die Forderung am Motorradhelm ein Kennzeichen anzubringen! Aber der überwiegende Teil der Petitionen des Monats kommt aus dem Herzen unserer Bürger und ist sehr vernünftig.

Es geht um unsere Kranken- und Pflegeversicherungen, mit seinen Auswüchsen. Es geht um die Regulierung unserer Verkehrsvorschriften, um die Sorgen um unsere Kinder und Jugendlichen und um Fragen des Steuerrechts, wo deutlich wird, dass wir endlich mit diesem Bürokratisierungswahnsinn aufhören müssen.

Ich selbst konnte mich als Berichterstatter für die Bewahrung des Bargeldes einsetzen. Denn wir als AfD wollen keinesfalls zulassen, dass die Bezahlung nur noch digital oder mit Karten erfolgen kann. Die Zahlung mit Bargeld ist gelebte Freiheit und gibt uns Bürgern die Möglichkeit der Wahl. Das ist unsere Politik.

Manfred Schiller, MdB

Wahlkreis 235 Weiden

-  /manfred.schiller.afd
-  /Manfred.Schiller.AfD
-  www.manfred-schiller.de
-  t.me/MANFREDSCHILLERAFD
-  /ManfredAfD
-  /@manfred.schiller.afd

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**